

**Das Politische an der Politik
Oder: Wider das Verschwinden des Politischen**

„Politik heißt Anfangen-Können“. Ich beginne mit einem Wort von Hannah Arendt, die auch zum Politikbegriff einiges zu sagen hatte (Arendt 1993; zu H. Arendt vgl. z. B. Nordmann 1994; Gebhardt 1996; Vollrath 1987). Das Zitat verweist auf die Handlungsdimension statt die Strukturdimension von Politik. Was ist das Politische? Jedes Lexikon gibt uns eine Definition, jede Tagesschau eine Anschauung, jede Stammtischdebatte ein Hauch des Grauens, was Politik denn sei. Die Debatte scheint uferlos. Was ist Politik?

Auch für Claus Offe stand diese Frage immer wieder im Hintergrund seines Werkes, wenn er auch im Vordergrund eher nach Begriff und Struktur des Staates, der Macht, der Legitimation von Herrschaft suchte (z.B. in Offe 1977; zum Politikbegriff ein nur politischer Beitrag in Offe 1983). Ich selbst habe mich seit meinem ersten Lehrbuch 1974 mit dem Politikbegriff befaßt, seitdem darüber manches publiziert (von Alemann/Forndran 1995; von Alemann 1991; ders. 1995: S. 140 ff). Aber weiß ich nun endlich, was das Politische ist? Nein, ich weiß es nicht wirklich. Ich versuche immer nur neue Annäherungen. So auch mit diesem Beitrag, der zunächst die Begriffsgeschichte rekapituliert, dann einen Vorschlag eines aktuellen Politikbegriffs präsentiert, die jüngere These vom Verschwinden des Politischen problematisiert und schließlich die Politik als das Thema Nummer drei apostrophiert.

I.

Politik gehört zur Familie der *polis*-Wörter (vgl. dazu Rohe/Dörner 1995). Diese entstammen bekanntlich dem Griechischen, und zu ihrem Kern gehört die *polis*, das Gemeinwesen, die Stadt, die Bürgerschaft, der Staat. Weiterhin zählen dazu *hae politeia*, Bürgerrecht, Staatsverwaltung, Staatswesen sowie *ta politika*, Staatsgeschäfte, Politik, oder *hae politicae technae*, die Staatskunst und die Staatswissenschaft, und schließlich das Adjektiv *politicos*, mit dem berühmten Wort von Aristoteles des Menschen als *zoon politicon*; wörtlich übersetzt: der Mensch als gemeinschaftliches Lebewesen oder kürzer: der Mensch als Gesellschaftstier.

Auf Umwegen über das Mittellateinische, das Französische und auch das Englische ist das Wort in das Deutsche überkommen, wohl ab dem 15. Jahrhundert. In allen drei Sprachen ist der jeweils entsprechende Wortstamm Politik bis heute lebendig geblieben und zwar in vielen Formen und mit reichem Bedeutungsgehalt. Eine Variante gehört sogar zu der kleinen Handvoll Internationalismen, die der Tourist in fast allen Sprachen beherrscht, wie Taxi, Hotel, Telefon oder Computer: die Polizei, police, policia oder etwa auf finnisch: poliisi. Auch die Polizei leitet sich natürlich von polis ab.

Im Gegensatz zum Französischen und Deutschen blieben im Englischen bis heute ganz unterschiedliche Formen erhalten, nämlich *politics*, *polity*, *policy*. Im Französischen und Deutschen ist dagegen nur die eine *politique* bzw. *Politik* erhalten. Zu dieser Begriffsgeschichte in den drei Sprachen hat uns Arnold J. Heidenheimer (1986) in einem wichtigen Aufsatz viele Anregungen gegeben.

Im Deutschen haben sich die Begriffe *Polizey* und *Polizei*, alemannisch *policie*, im 15. bis 17. Jahrhundert ausgebreitet mit der Bedeutung Regierung, Verwaltung und Ordnung, besonders eine Art Sittenaufsicht in Staat und Gemeinde und die darauf bezogenen Verordnungen. Polizei hieß die Sorge eines Staates für das Gemeinwohl mittels obrigkeitstaatlichen Zwangs (vgl. Maier 1986).

Der preußische König Friedrich Wilhelm I. hatte an den Universitäten in Halle und Frankfurt/Oder die ersten Unterrichtslehrstühle für „Oeconomie, Policey und Cam-

mer-Sachen“ errichtet. Policywissenschaft klingt für uns heute befremdlich. *Policey* bedeutete im 18. Jahrhundert nichts anderes als die Lehre von der inneren Ordnung des Gemeinwesens, also Verwaltung und Innenpolitik, aber auch Volkswirtschaft und Fiskalistik. Die Policywissenschaft war die wissenschaftliche Lehre von der inneren Politik des älteren deutschen Territorialstaates vom ersten Drittel des 18. Jahrhunderts bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts. Ihr oblag in erster Linie die Beamtenausbildung in den einzelnen Ländern des alten deutschen Reiches und im Deutschen Bund. So gab es noch im 19. Jahrhundert die Sanitäts- und die Medizinalpolizei als Fachbehörden. Ein Rest ist uns bis heute geblieben: die Baupolizei. Sie läuft nicht Streife mit Pistole und Handschellen, um das Gewaltmonopol des Staates zu verkörpern. Sie ist eine Ordnungsverwaltung.

Die Policywissenschaft, die teilweise auch Kameralwissenschaft genannt wurde, vereinigte aber Volkswirtschaftslehre, Gesetzgebungslehre und Verwaltungswissenschaft als Teil der „inneren“ Staatswissenschaften – im Gegensatz zur äußeren Politik und Nationalökonomie. Noch heute lebt diese Tradition der Staatswissenschaften in den Wirtschaftswissenschaften, in der „Nationalökonomie“ fort, die an einigen Universitäten immer noch an „staatswissenschaftlichen“ Fakultäten gelehrt werden und den Titel des Dr. rer.pol., d.h. Doctor rerum politicarum, also einen Doktor der politischen Wissenschaft vergeben, ohne daß dieses noch bewußt reflektiert wird.

Im 19. Jahrhundert brach die Policywissenschaft in ihre Teilgebiete auseinander – in die verschiedenen Fächer der Nationalökonomie, der Verwaltungslehre und in die Verwaltungsrechtswissenschaft. Schon der Name Polizeywissenschaft, unüberhörbar an den Polizeistaat erinnernd, klang dem Liberalismus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts fremd, ja peinlich in den Ohren. Der liberale Rechtsstaat wurde gegen den Polizeistaat des Absolutismus gestellt (vgl. Ellwein 1993).

Diese umfassende und normative Sicht geht mit der Ausdifferenzierung der Nachfolgewissenschaften verloren. Rechtswissenschaft und Ökonomie wie auch die frühe Soziologie und die Geschichte verschreiben sich fast ganz dem Positivismus und dem Historismus. Als akademische Disziplin ging aus den Resten der Policywissenschaft in Deutschland keine Politikwissenschaft hervor. Wohl gab es eine Reihe von Lehrbüchern bzw. Grundrissen mit dem Titel „Politik“, so von dem frühliberalen Fried-

rich Christoph Dahlmann „Die Politik“ (1835) oder später von dem konservativen Historiker Heinrich von Treitschke „Politik“ (1865). Diese „Politiken“ hatten mehr politische Wirkungen (auf den Liberalismus einerseits, wie bei Dahlmann, oder die Rechtfertigung der Staatsräson und der Bismarckschen Staatskunstlehre andererseits, wie bei Treitschke) und kaum politikwissenschaftliche Auswirkungen.

II.

Bleiben wir bei der Suche nach dem Politikbegriff bei Heinrich von Treitschke. "Alle Politik ist Kunst", so beginnt der erste Satz von Treitschkes "Politik" (Treitschke 1897f: S. 1), und er fährt fort: "Sie bewegt sich in der Welt der historischen Thaten, verwandelt sich und treibt neue Bildungen hervor, während wir reden. Daher muß jede Theorie mangelhaft bleiben." Seit dieser Absage an jede Politiktheorie zugunsten der Staatskunst ist bis heute keine wachsende Einigkeit über den Begriff von Politik erzielt worden. Ob Macht, Konflikt, Herrschaft, Ordnung, Gemeinwohl oder Friede die eigentliche Substanz von Politik seien, bleibt umstritten.

Die jüngere Diskussion des Politikbegriffes hat die Suche nach dem verbindlichen Wesensbegriff aufgegeben und sieht Politik in der Gesellschaft grundsätzlich mehrdimensional strukturiert (vgl. als ersten, der die angelsächsische Begrifflichkeit im deutschen geprägt hat: Rohe 1994). Und weil der deutsche Begriff „Politik“ untermplex erscheint, hat man die angelsächsische Dreiheit von *polity*, *politics* und *policy* in der deutschen Politikwissenschaft implementiert – nicht ohne gewisse Verwunderung in der englischsprachigen Fachwelt auszulösen, da insbesondere das Wort *polity* dort nicht mehr gerade geläufig ist.

Alle drei - die institutionelle Form als *polity*, der aufgabenorientierte Inhalt als *policy* und der prozessuale Verlauf als *politics* - machen zusammen das aus, was man als Systematik der Politik bezeichnen kann. Politik ist also kein bestimmter Raum in der Gesellschaft, sondern Politik ist ein dreifaches Prinzip, das institutionell, inhaltlich und prozessual bestimmt wird. Es ist nicht alles politisch in der Gesellschaft; aber fast

alles kann politisch relevant werden, wenn es mit einem der drei Prinzipien verbunden werden kann.

Die Begriffstrias *polity*, *politics* und *policy* läßt aber die normative Dimension von Politik zu kurz kommen. Fragt man die deutschen Politikwissenschaftler, wie Böhret es getan hat (Böhret 1985), in einer Umfrage ganz konkret, was sie selbst für die unverzichtbaren Begriffe der Politikwissenschaft halten, so erhält man eine schillernde Palette, die bunter ist als die drei Grundfarben des Politikbegriffs aus *polity*, *policy* und *politics*. Die 256 Befragten haben 639 verschiedene Begriffe benannt, von denen 414 jeweils nur einmal auftauchen (von Abrüstung bis zur Wirtschaftsdemokratie). Herrscht hier das reinste Chaos? Ist dies ein weiteres Beispiel für die Begriffslosigkeit der deutschen Politikwissenschaft? Ja und Nein. Denn die vier am meisten genannten Begriffe - Konflikt und Konsens, Interesse und Macht – lassen sich zu einem sehr sinnvollen Zusammenhang verknüpfen und verdienen eine besondere Würdigung (vgl. zum folgenden von Alemann 1995: S. 143 ff).

Der Begriff *Konflikt* ist im sozialwissenschaftlichen Theorienstreit häufig Auslöser von Konflikten gewesen. Die Frage danach, wie hältst Du es mit dem Konflikt oder hältst Du zum Konsens, spaltete die Sozialwissenschaften in zwei Lager. Konsens wurde nicht nur in einem politischen Konservativismus und den entsprechenden politikwissenschaftlichen Begleittheorien als gesellschaftliche Harmonie unter dem Dach des Gemeinwohl verkörpernden Staates propagiert, sondern auch von soziologischen Theorieentwürfen des Funktionalismus in den Vordergrund gestellt. Dagegen setzte ein mainstream aus liberalen, kritischen und auch sozialistischen Ansätzen die Bedeutung des gesellschaftlichen Konfliktes als ein natürliches und nicht notwendig systemgefährdendes Element beim Erhalt und beim Wandel von Gesellschaften.

Vertreter der Pluralismustheorie verknüpfen deshalb Konflikt und *Konsens*, da sie davon ausgehen, daß es einen allgemeinen Konsens nicht gibt, außer darüber, daß grundlegende Spielregeln der Konfliktaustragung respektiert werden müssen. Sie reduzieren Konsens auf die Einhaltung der Verfahrensregeln, die dem alltäglichen Konfliktaustrag entzogen sind, und die gemeinsame Orientierung an Grund- und Menschenrechten, letzteres zumindest im Neopluralismus.

Der dritte dieser vier Begriffe, das *Interesse*, prägt seit 200 Jahren die Gesellschaft, die Gesellschaftspolitik und die Gesellschaftswissenschaften. Mit der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft, der Entstehung der sozialen Frage und der wachsenden Arbeiterbewegung rückte der Interessenbegriff auch ins Zentrum der realen Politik. In gewisser Weise ist die Politikwissenschaft eine "Wissenschaft vom Interesse", da Interessenvermittlung in der Gesellschaft zwischen Einzelnen, Gruppen und Staat eine prägende Bedeutung hat (vgl. von Alemann/Forn dran 1983).

Die Ubiquität und Universalität, aber auch Unübersichtlichkeit des Wortes *Interesse* wird vom Begriff *Macht* eher noch übertroffen. Der Machtbegriff, von Max Weber bekanntlich klassisch formuliert als "jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht", bleibt aber relativ amorph. Bis heute ist umstritten, ob Macht realistisch und pragmatisch betrachtet werden muß oder normativ bewertet werden soll und wie sie durch demokratische Politik kontrolliert und eingeschränkt werden kann. Offe hat die zwei Gesichter der Macht für Deutschland realisiert, auch propagiert, aber ebenso kritisiert (Offe 1977).

Diese vier Grundbegriffe der deutschen Politikwissenschaft - *Konflikt*, *Interesse*, *Macht* und *Konsens* - eignen sich zu einer Verknüpfung in einer Politikdimension, für die allerdings noch ein Aspekt ergänzt werden soll: die *Öffentlichkeit*. Dies greift zurück auf die ganz ursprüngliche, auch bei Aristoteles schon vorzufindende Begriffsbedeutung von *Politik*, die gerade den Gegensatz von *privat* und *individuell* hervorheben sollte: *politikos* war das *Öffentliche*, *oikos* war das auf den privaten Haushalt Bezogene. Der Vorschlag einer Definition von *Politik* lautet dann: *Politik* ist öffentlicher *Konflikt* von *Interessen* unter den Bedingungen von *Machtgebrauch* und *Konsensbedarf*. *Politikwissenschaft* beschäftigt sich mit der so verstandenen *Politikwissenschaftlich* in den Dimensionen der politischen Form (*polity*), der politischen Inhalte (*policy*) und der politischen Prozesse (*politics*) (vgl. von Alemann 1995: S. 148).

III.

Soweit der Vorschlag eines Politikbegriffs. Aber ich habe noch nicht explizit „über das Politische“ geschrieben. Bis jetzt wurden alle Unterschiede unterschlagen und unterstellt, die Politik und das Politische seien identisch. Ist das so? Beide sind wie ein Vexierbild oder eine Kipp-Figur aus der Gestaltpsychologie. Blickt man eine zeitlang auf die Umrißzeichnung eines Würfels, so kippt plötzlich die Wahrnehmung, die Innenkante wird zur Außenkante.

Die Definition des Raumes der Politik ist eine Machtfrage, so wie die Festsetzung einer Bannmeile um ein Parlament. Die politische Rhetorik in Deutschland unterscheidet oft den vorpolitischen Raum, gerade in der Kommunalpolitik, der Verbände, Vereine und Initiativen von der eigentlichen Politik. Ist das berechtigt? Nach meiner Überzeugung gibt es keinen Vorraum des Politischen, keinen Vorraum der Politik. Wenn das Politische einen Sinn ergibt, dann gehören der Vorraum und der politische Kernbereich zusammen (vgl. dazu Greven 1994). Das hat auch der politische Feminismus erkannt, der propagierte: „Das Private ist das Politische“. Das wirkt wie ein Widerspruch zu meiner eben vorgenommenen Begriffsbildung, die der Öffentlichkeit eine entscheidende Qualität zumaß. Gemeint sind natürlich die öffentlichen Ausstrahlungen privater Machtverhältnisse. Die Interaktion von *oikos* und *polis* ist gerade das, was das Politische ausmacht.

Es gibt einen aktuellen Diskurs über das Politische, der sich mit Titeln illustrieren läßt wie: „Die Erfindung des Politischen“, „Die Transformation des Politischen“ oder „Die Wiedergeburt des Politischen“ (vgl. mit weiteren Nachweisen Gebhardt 1998). Auch wenn Ernst Vollrath darauf verwiesen hat, daß ein abstrahierendes Nachdenken über die Politik an sich ein typisch deutsches Phänomen sei, kann man die Liste auch mit angelsächsischen und französischen Titeln fortsetzen: Von „The Return of the Political“ bis zu „Essai sur le politique“. Und man findet bei Hanna F. Pitkin (1972) den Satz: „There is plenty of politics in modern American life, even if ‚the political‘ has all but disappeared“ (zit. nach Vollrath 1988: S. 315).

Das war schon in den sechziger Jahren. Ende der neunziger Jahre ist das Verschwinden des Politischen nicht weniger, sondern eher mehr ein Topos der intellek-

tuellen Debatte, der aus akademischen Zirkeln bis in die ZEIT (29.10.98, S. 46) aufgestiegen ist. Unter der Überschrift „Der unauffindbare Ort des Politischen“ beginnt eine Rezension mit: „Die Frage nach dem Politischen scheint wichtiger denn je“. Das läßt einen aufhorchen, wenn man sich gerade mit eben diesem Thema beschäftigt. Der Rezensent meint, „die Politik besteht aus Plätzen und Orten der Gemeinsamkeit (...)“. Soweit, so gut. Aber: „das Politische hingegen bedeutet Entortung und Ortsverschiebung“. Deshalb sei es eben „undarstellbar“. Das erscheint nicht eben zwingend. Nimmt man das Buch selbst zur Hand (Marchart 1998), so enttäuscht – oder beeindruckt – ein schwer konsumierbares Dickicht aus post-strukturalistischer Neutheoretisierung, post-marxistischem Dekonstruktivismus und diskursanalytischem Relationismus, der sich auf Ernesto Laclau, J. Lacan und Jacques Derrida beruft. Kurz: Mir als Politikwissenschaftler erscheint es, als würden hier solange theoretische Nebelkerzen geworfen, bis man erstaunt feststellt, daß das Politische „undarstellbar“ geworden ist.

Bescheiden wir uns mit der deutschen Debatte. Ich beginne sie ausnahmsweise nicht mit Max Weber und seiner Rede „Politik als Beruf“, sondern mit einem anderen deutschen Geistesdioskuren der zwanziger Jahre, mit Carl Schmitt. Mit ihm fing alles an, nämlich mit seinem Text „Der Begriff des Politischen“ von 1927. Wurde traditionell in Deutschland der Staat mit der Politik gleichgesetzt und vice versa (Politik = Staatskunst und Staatszweck), so begann er programmatisch und provokativ: „Der Begriff des Staates setzt den Begriff des Politischen voraus“ (Schmitt 1927: S. 1; vgl. aus der reichhaltigen Schmitt-Literatur: Vollrath 1987; Gebhardt 1998; Böckenförde 1991; sowie van Lark 1993; Göbel/van Lark/Villinger 1995).

Und dann entwickelt er jenen verhängnisvollen Politikbegriff, der seitdem viele Denker – von rechts bis links, die eben zitierten Neostrukturalisten und Postmarxisten sind auch heftig infiziert – nicht losläßt: „Die spezifisch politische Unterscheidung, auf welche sich die politischen Handlungen und Motive zurückführen lassen, ist die Unterscheidung von *Freund* und *Feind*“ (Schmitt 1927: S.4). Klare Fronten, messerscharfe Unterscheidungen, Freund oder Feind, das ist für Schmitt Politik. Souverän ist deshalb nur der Staat, der über den Ausnahmezustand verfügen kann, der das uneingeschränkte Gewaltmonopol nach innen, bis zum inneren Notstand, und nach außen bis zum Krieg besitzt. „Der Krieg ist (...) die als reale Möglichkeit immer vor-

handene Voraussetzung, die das menschliche Handeln in eigenartiger Weise bestimmt und ihm eine spezifisch politische Bedeutung gibt (Schmitt 1927: S. 8).

Ist also Politik Ausgrenzung? Lautet die Parole „Wir oder die“? Haben wir das nicht kürzlich gehört? War Carl Schmitt posthum Wahlsloganberater der FDP im letzten Bundestagswahlkampf? „Freiheit statt Sozialismus“ wie früher bei CDU/CSU betreibt dieselbe Dezsion, die Unterscheidung von gut und böse, rechts oder links, schwarz oder weiß. „Dadurch, daß ein Volk nicht mehr die Kraft hat, sich in der Sphäre des Politischen zu halten, verschwindet nicht das Politische aus der Welt. Es verschwindet nur ein schwaches Volk“ (Schmitt 1927: S. 18 f). Das ist Politik in Stahlgewittern. Es graust einem angesichts der schneidenden Kälte und mehr noch der Konsequenzen, die hinter dieser Rhetorik aufscheinen.

Machen wir einen Sprung in die fünfziger Jahre zu Hannah Arendt, deren Denken zur Zeit eine Renaissance erlebt (vgl. die in Anm. 1 zit. Lit. sowie z. B. Vollrath 1993; ders. 1990; Gebhardt 1998). Sie ist der Gegenpol zu Carl Schmitt, denn ihre Konzeption des Politischen ist erklärtermaßen antitotalitär und antietatistisch. Das ist aus dem historischen Kontext ihres Denkens (und auch Handelns!) gegen den Totalitarismus unmittelbar plausibel. Politik ist für sie nicht Einheit, sondern „Politik beruht auf der Tatsache der Pluralität der Menschen“. Obwohl sie gerne auf Aristoteles zurückgeht, versteht sie den Menschen als *zoon politikon* nicht so, daß das Politische *im* Menschen, sondern daß es *zwischen* den Menschen angelegt sei. Hier in diesem zwischenmenschlichen Raum der Pluralität wird das Politische, wird wahre Politik erst möglich. „Der Sinn von Politik ist Freiheit“. Eine solche wahre Politik sei historisch immer selten anzutreffen, „in wenigen großen Glücksfällen der Geschichte“. Zu anderen Zeiten droht Verlust: „Die Gefahr ist, daß das Politische überhaupt aus der Welt verschwindet“ (zit. nach Nordmann 1994: S. 95).

Damit ist ein *cantus firmus* angestimmt, der seitdem immer wieder intoniert wird, unterschiedlich instrumentiert, aber mit dem immergleichen Leitmotiv: „Das Verschwinden, der Verlust des Politischen“. Hier haben die so diametralen Denker Schmitt und Arendt ihren gemeinsamen Dreh- und Angelpunkt. Das Politische ist etwas Großes, das errungen werden muß, etwas Kostbares, dessen sich ein Volk würdig erweist, etwas Heroisches und Starkes, jedenfalls etwas Emphatisches.

Und genau das fasziniert die Politikdenker und Diskurslenker derzeit immer noch und wieder neu. So ist nach Ulrich Beck die Politik in der Risikogesellschaft nach Ende des Ost-West-Konfliktes abgewandert in die „Nichtpolitik“ der Ausschüsse und Verordnungen, der Ressortkompetenzen und Verteilungskämpfe (Beck 1993). Es gebe eine „Entleerung des Politischen“: die Biedermeier-Fassaden der alten Republik des Westens bleiben stehen, dahinter aber kein Stein auf dem anderen. Dagegen wuchere die „Sub-Politik“ als strukturverändernde Praxis von unten, „nicht instrumentell, nicht herrschaftlich, nicht ausführend, nicht rollenbestimmt, nicht zweckrational“ (Beck 1993: S. 161). Erfindung des Politischen meine deshalb diese Entbindung, Freisetzung des Politischen hinter den Fassaden der überkommenen Institutionen. Thomas Meyers Buch „Die Transformation des Politischen“ geht noch weiter. „Das Politische weicht aus der Politik“. Politik und Leben entfernten sich voneinander, entfremdeten sich. „Das Politische ist aus den Fugen geraten“. Im Anschluß an Hannah Arendt formuliert er: „Das Politische (...) ist der ungestörte Kreislauf, in dem die Lebenszentralität der Bürgertugend eine Gemeinschaftspraxis der Freiheit hervorbringt“ (Meyer 1994: S. 33).

Allen diesen Denkern, wie auch schon Dolf Sternberger (Sternberger 1978) und Ernst Vollrath oder neuerdings den Kommunitaristen, ist eines gemeinsam: die Überhöhung der schlichten und oft schlechten Alltagspolitik mit einem heroischen, emphatischen, normativen Begriff des Politischen. Dies gelingt durch den Kunstgriff, daß man zunächst einen überaus engen Politikbegriff konstruiert, der traditionell auf Staat und Verwaltung und die tagespolitischen Aufregungen von Medien und politischer Klasse fixiert ist. Und dann die Verkürzung des Politischen beklagt. Eine solche enge Politik verstellt natürlich unverweigerlich „das Leben“ (Th. Meyer), das gute Leben, die Zivilgesellschaft, die Bürgertugenden der Gemeinschaft.

Die niedere Politik des rattenhaften Kampfes und frustrierenden Rennens im Laufrad kann doch so leicht gegen das hohe Politische, in dem es um mehr geht, ausgespielt werden. Ernst Vollrath hält dagegen seinen Begriff der Politie: „Die Politie ist die Gestalt des Politischen als die verfaßte Form des Politischen. Sie ist die gemäß der Regel der Urteilskraft sich vollziehende Assoziation einer Menge von Menschen als die Konstitution ihrer Vereinigung qua politischer. Die Politik ist das Politische als Institution und die Institution des Politischen. Sie ist das Politische als Begriffenes und ihr

Begriff der des Politischen“ (Vollrath 1987: S. 308). Das Entscheidende ist die Unterscheidung, die Steigerung: die einfache Politik, das Politische, die Politie. Mir erscheint dieses nicht sinnvoll. Warum setzt man für diese Art erhöhte, überhöhte Politik nicht zur klareren Unterscheidung politische Kultur, oder res publica, Gemeinwesen, Praxis oder gleich „das Leben“, wie Thomas Meyer?

IV.

Als Politik hatte ich oben definiert: Politik ist öffentlicher Konflikt von Interessen unter den Bedingungen von Machtgebrauch und Konsensbedarf. Bedarf es darüber hinaus noch dieses Begriffes des Politischen, wenn ich die emphatischen, heroischen Begriffe für untauglich halte? Ich meine ja, und wenn dies nur dazu dient, den großen Diskurs zurück auf den Boden zu holen, oder vom Kopf auf die Beine zu stellen. Aber ein bißchen emphatisch engagiert werden diese Schlußgedanken doch geraten.

Nicht das Gutgemeinte, sondern das Gutgemachte ist eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Essenz des Politischen. Nun komme ich doch noch zu Max Weber zurück, der in seinem berühmten Essay drei Qualitäten für den Politiker gefordert hatte: „Leidenschaft – Verantwortungsgefühl – Augenmaß“. Und zwar *Leidenschaft* als Sachlichkeit, nicht als sterile Aufgeregtheit; *Verantwortlichkeit* als Dienst an der Sache; *Augenmaß* als Fähigkeit, die Realitäten mit innerer Sammlung und Ruhe auf sich wirken zu lassen (Weber 1964).

Das Politische ist also durchaus mehr als die Politik. Es ist mehr als Struktur und Funktion, es ist auch Ethik und Verantwortung. Es ist auch normativ und formativ. Nicht unbedingt im Sinne der Suche nach den großen Visionen. Es ist nicht die Staatskunst der großen Männer und Mächte, sondern es ist gutes Staats- und Politikhandwerk, was heute mehr denn je nottut: verlässlich, klar, nüchtern, glaubwürdig, ehrlich. Auch diese Tugenden klingen altmodisch. In diesem Sinne ist das Politische die virtuelle Politik. Virtuell nicht entnommen unserem Computerkauerwelsch, sondern im Sinne von Machiavelli, der die virtù, die Tugend des Fürsten beschwor. Aber sie gehört in der Demokratie nicht mehr dem Fürsten und auch nicht dem Politiker, sondern sie muß zur Fähigkeit aller Menschen werden.

Politik ist als Fähigkeit aller Menschen angelegt, auch das Politische als die virtuelle Politik. Sie ist nichts Hehres, Heroisches, Entrücktes und Ideales, sondern sie berührt uns alle. Sie geht uns alle an. Aber sie soll uns nicht auffressen mit Haut und Haaren. Deshalb stehe ich dem Begriff der „politischen Gesellschaft“ von Greven skeptisch gegenüber (Greven 1999). Gibt es denn eine „unpolitische Gesellschaft“? Vielleicht die Stammesgesellschaft, aber auch seit der Neuzeit? Seit der ersten Moderne? Selbstverständlich ist Politik nicht nur Staat, das ist ein Fundamentum der Politikwissenschaft, das unterscheidet uns von der Staatswissenschaft. Aber das gilt auch schon für das 19. Jahrhundert. Greven beruft sich auf Benjamin Barber, der daran festhält, daß „Politik immer Vorrang vor der Wirtschaft“ habe! „Denn sie bleibt der souveräne Bereich, in dem die menschlichen Bedürfnisse ihre Rangordnung erhalten“ (Barber 1994: S. 239).

Mir erscheint eine andere Rangordnung in Bezug auf die menschlichen Bedürfnisse plausibler. Politik ist nicht das Thema Nummer eins. Es ist eher das Thema Nummer drei. Denn existenzieller – individuell und kollektiv - ist der *oikos*, der Haushalt, die Wirtschaft. Sie ist noch wichtiger als die *polis* und rangiert damit vor ihr. So hat es auch Bill Clinton in seinem ersten Präsidentschaftswahlkampf formuliert. Über seinem Schreibtisch hing bekanntlich ein Zettel, auf dem stand: „It's the economy, stupid!“ Aber daß es für Clinton noch ein wichtigeres Thema gab, wissen wir nun alle bis zum Überdruß.

Das Thema Nummer eins ist deshalb auch in der Kultur- und Literaturgeschichte der Eros, die Liebe, oder seit Darwin der Erhalt der Art durch Fortpflanzung, die natürliche Reproduktion. Thema Nummer zwei ist die wirtschaftliche Reproduktion, die Ökonomie, Thema Nummer drei die gesellschaftlich-kulturelle Reproduktion und deren zentraler Bestandteil: die Politik. Alle drei dienen der Arterhaltung. Aber die Politik sollte sich nicht so wichtig nehmen. Sie ist nur Thema Nummer drei. Immerhin: Politik heißt Anfangen-Können, wie wir von Hannah Arendt gelernt haben. Das bedeutet aber auch: Politik heißt Schlußmachen-Können. Und das hat einen tragischen doppelten Boden.

Literaturverzeichnis

- von Alemann, Ulrich (1991): Art. Politikbegriffe, in: Dieter Nohlen (Hrsg.): Wörterbuch Staat und Politik, München, S. 490 – 493.
- von Alemann, Ulrich (1995): Grundlagen der Politikwissenschaft. Ein Wegweiser, Opladen 1994, 2. Auflage.
- von Alemann, Ulrich / Forndran, Erhard (1995): Methodik der Politikwissenschaft, Eine Einführung in Arbeitstechnik und Forschungspraxis, Stuttgart 1974, 5. Auflage.
- von Alemann, Ulrich / Forndran, Erhard (Hrsg.) (1983): Interessenvermittlung und Politik. Interesse als Grundgegriff sozialwissenschaftlicher Lehre und Analyse, Opladen.
- Arendt, Hannah (1993): Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlaß, hrsg. von Ursula Ludz, München – Zürich.
- Barber, Benjamin (1994): Starke Demokratie, Hamburg.
- Beck, Ulrich (1993): Die Erfindung des Politischen. Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung, Frankfurt a. M.
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang (1991): Der Begriff des Politischen als Schlüssel zum staatsrechtlichen Werk Carl Schmitts, in: ders. (Hrsg.): Recht, Staat, Freiheit, Frankfurt a. M., S. 344 – 366.
- Böhret, Carl (1985): Zum Stand und zur Orientierung der Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland, in: Hans Hermann Hartwich (Hrsg.): Policy-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen, S. 216 – 330.
- Dahlmann, Friedrich Christoph (1968): Politik, Frankfurt. (zuerst 1835)
- Ellwein, Thomas (1993): Der Staat als Zufall und als Notwendigkeit. Die jüngere Verwaltungsentwicklung in Deutschland am Beispiel Ostwestfalen-Lippe, Bd. 1, Opladen.
- Gebhardt, Jürgen (1996): Die Rehabilitierung der Politik. Anmerkungen zu Hannah Arendt, in: Thomas Grethlein/Heinrich Leitner, (Hrsg.): Inmitten der Zeit, Würzburg, S. 65 – 84.
- Gebhardt, Jürgen (1998): Auf der Suche nach dem Politischen. Randbemerkungen zur gegenwärtigen Diskussionslage, in: Michael Th. Greven/Herfried Münkler/Rainer Schmalz-Bruns (Hrsg.): Bürgersinn und Kritik. Festschrift für Udo Bernbach zum 60. Geburtstag, Baden-Baden, S. 15 – 27.
- Göbel, Andreas / Lark, Dirk van / Villinger, Ingeborg (Hrsg.) (1995): Metamorphosen des Politischen. Grundfragen politischer Einheitsbildung seit den 20er Jahren, Berlin.

- Greven, Michael Th. (1994): Die Allgegenwart des Politischen und die Randständigkeit der Politikwissenschaft, in: Claus Leggewie (Hrsg.): Wozu Politikwissenschaft? Über das Neue in der Politik, Darmstadt, S. 285 – 296.
- Greven, Michael Th (1999): Die politische Gesellschaft. Kontingenz und Dezision als Probleme des Regierens und der Demokratie, Opladen.
- Heidenheimer, Arnold J. (1986): Politics, Polity and Policy as Concepts in English and Continental Languages: An Attempt to Explain Divergences, in: Review of Politics, Vol. XLVIII, S. 3 – 30.
- van Lark, Dirk (1993): Gespräche in der Sicherheit des Schweigens. Carl Schmitt in der politischen Geistesgeschichte der frühen Bundesrepublik, Berlin.
- Maier, Hans (1986): Die ältere deutsche Staats- und Verwaltungslehre, München .
- Marchart, Oliver (Hrsg.) (1998): Das Undarstellbare der Politik. Zur Hegemonialtheorie Ernesto Laclaus, Wien.
- Meyer, Thomas (1994): Die Transformation des Politischen, Frankfurt a. M.
- Nordmann, Ingeborg (1994): Hannah Arendt, Frankfurt/New York.
- Offe, Claus: Einleitung (1977), in: Peter Bachrach/Morton S. Baratz: Macht und Armut. Eine theoretisch-empirische Untersuchung, Frankfurt a. M. S. 7-34.
- Offe, Claus (1983): Griff nach der Notbremse. Bewirken und Bewahren – der Aufstieg der Grünen bringt zwei Politikbegriffe ins Spiel, die einander widersprechen, in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.): Was sollen die Grünen im Parlament, Frankfurt, S. 85-92.
- Rohe, Karl (1994): Politik. Begriffe und Wirklichkeiten. Eine Einführung in das politische Denken, Stuttgart 1978, 2. Auflage.
- Rohe, Karl/ Dörner, Andreas (1995): Art. Politikbegriffe, in: Dieter Nohlen/Rainer-Olaf Schultze (Hrsg.): Politische Theorien (Bd. I Lexikon der Politik, hrsg. v. D. Nohlen), München, S. 453 – 458.
- Schmitt, Carl (1927): Der Begriff des Politischen, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 58, H. 1, sowie zahlreiche weitere Auflagen und Ausgaben, z. B. Berlin 1963.
- Sternberger, Dolf (1978): Drei Wurzeln der Politik, Frankfurt a. M.
- von Treitschke, Heinrich (1897f): Politik, Leipzig (zuerst 1865).
- Vollrath, Ernst (1987): Grundlegung einer philosophischen Theorie des Politischen, Würzburg.

- Vollrath, Ernst (1988): Zur Problematik eines Begriffs des Politischen, in: Hans Maier u.a. (Hrsg.): Politik, Philosophie, Praxis. Festschrift für Wilhelm Hennis zum 65. Geburtstag, Stuttgart.
- Vollrath, Ernst (1990): Die Kultur des Politischen, in: Volker Gerhardt (Hrsg.): Der Begriff der Politik: Bedingungen und Gründe politischen Handelns, Stuttgart, S. 268 - 290.
- Vollrath, Ernst (1993): Hannah Arendt bei den Linken, in: Neue Politische Literatur, Bd. 38 , S. 361 – 372.
- Weber, Max (1964): Der Beruf zur Politik (zuerst als Rede „Politik als Beruf“ 1919), in: ders.: Soziologie, Weltgeschichtliche Analysen, Politik, hrsg. v. Johannes Winckelmann, Stuttgart, S. 167 – 185.